

Kapitel 1: Einführung

A. Problemaufriss und Gang der Untersuchung

Von einer bloßen „Paraphrase des § 705 BGB“¹ über „nichts Neues“, vielmehr nur ein Schlagwort, unter dem die Pflichten aus § 705 BGB und § 242 BGB zusammengefasst werden,² bis hin zur „größten Errungenschaft der Rechtswissenschaften und Rechtsprechung des modernen Gesellschaftsrechts“³ bietet die gesellschaftsrechtliche Treuepflicht einen bunten Blumenstrauß an Rezeptionen. Als Schmierfett der Zahnräder der Gesellschaft zielt sie, unabhängig vom jeweiligen Verständnis, jedenfalls darauf ab, das Spannungsverhältnis zwischen den privatautonomen, individuellen Interessen der Gesellschafter untereinander und zuvorderst dem gemeinsamen Gesellschaftszweck aufzulösen.⁴

Weit davon entfernt, eine „Zauberformel“⁵ zu sein, ist die gesellschaftsrechtliche Treuepflicht auf dem Weg zur Erreichung des Gesellschaftszwecks dennoch eines der wichtigsten Instrumente im Orchester des Gesellschaftsrechts zur Bewirkung der harmonischen Zusammenarbeit der Beteiligten.⁶ Durchdringt die Treuepflicht zwar jedes Gesellschaftsverhältnis und ist dem BGH zufolge auch „jedem Gesellschaftsverhältnis ohne ausdrückliche Regelung immanent“⁷, muss dennoch der Verlockung widerstanden werden, das Instrument zur Allzweckwaffe einer willkürlichen Billigkeitsjustiz zu missbrauchen.

Die gesellschaftsrechtliche Treuepflicht umfasst sämtliche Beziehungen innerhalb einer Gesellschaft. Dabei gilt es, zwischen der organschaftlichen Treuepflicht der Geschäftsleiter und der mitgliedschaftlichen Treuepflicht

1 *Flume*, Personengesellschaften, S. 261.

2 Vgl. *Pentz*, in: Rowedder/Schmidt-Leithoff GmbHG, § 13 Rn. 36.

3 *Fleischer*, FS K. Schmidt, S. 393; *Seidel*, Funktion der gesellschaftsrechtlichen Treuepflicht, S. 17.

4 *Schöne*, in: BeckOK BGB, § 705 Rn. 102; *Dreher*, DStR 1993, 1632; vgl. *Geibel*, in: BeckOGK BGB, § 706 Rn. 66 ff.; *Fastrich*, in: Baumbach/Hueck GmbHG, § 13 Rn. 23; *Hopt/Wiedemann*, in: GroßKomm AktG, Anh § 53a Rn. 11.

5 *Flume*, Personengesellschaften, S. 261.

6 *Wiedemann*, FS Heinsius, S. 949.

7 BGH, Urt. v. 9. Juni 2015 – Az.: II ZR 420/13, NZG 2015, 995 = NJW 2015, 2882 = ZIP 2015, 1951.

der Gesellschafter zu unterscheiden.⁸ Die organschaftliche Treuepflicht dient als Korrelat zur weitreichenden Einwirkungsmacht und Befugnis des Geschäftsleiters⁹ und wird aus der treuhänderischen Natur des organschaftlichen Amts hergeleitet.¹⁰ Sie verpflichtet die Geschäftsführer und andere Organmitglieder, die ihnen übertragenen Aufgaben bestmöglich zu erfüllen und ihre Tätigkeit ausschließlich am Gesellschaftszweck auszurichten, mithin allein der Gesellschaft „Wohl und Wehe“ und nicht den eigenen Nutzen oder Vorteil anderer im Auge zu haben.¹¹ Die organschaftliche Treuepflicht ist im Vergleich zur mitgliedschaftlichen Treuepflicht weitreichender erforscht¹² und soll daher im Rahmen der Arbeit außen vor bleiben.

„Die Treuepflicht: Ein Wort – drei Welten!“¹³ Mit dieser Feststellung macht *Wiedemann* deutlich, dass sich hinter dem Begriff der Treuepflicht ganz unterschiedliche Sachbereiche verbergen.¹⁴ Obgleich Existenz und Bedeutung der gesellschaftsrechtlichen Treuepflicht allgemein anerkannt sind, sind eine Vielzahl von Einzelheiten bis heute unklar und umstritten. Angefangen bei der Frage nach der richtigen Rechtsgrundlage bis hin zur – jedenfalls für die Praxis ungleich wichtigeren – Frage nach Inhalt, Umfang und Grenzen der Treuepflicht herrschen Uneinigkeit und Unsicherheit. Dabei wurde der Frage nach den Rechtsfolgen im bisherigen

8 Vgl. *Weller*, GS Winter, 755, 776; *Lieder*, in: *Michalski* *GmbHG*, § 13 Rn. 137; *Wiedemann*, FS *Heinsius*, S. 950, der zusätzlich noch zu mehrheitsbezogenen Treuepflichten abgrenzt, welches hier zu mitgliedschaftlichen Treuepflichten gezählt wird.

9 *Fleischer/Harzmeier*, NZG 2015, 1289, 1290; *Hölters*, in: *Hölters AktG*, § 93 Rn. 114; *Zöllner*, Schranken mitgliedschaftlicher Stimmrechtsmacht, S. 342 f.

10 BGH, Urt. v. 20. Oktober 1954 – Az.: II ZR 280/53, BGHZ 15, 71 = NJW 1954, 1841, 1842 = *GmbHR* 55, 44; *Dauner-Lieb*, in: *Henssler/Strohn* *GesR*, § 93 Rn. 8; *Fleischer*, in: *Spindler/Stilz* *AktG*, § 93 Rn. 113 ff.; *Ziemons*, in: *Michalski* *GmbHG*, § 43 Rn. 204; *Spindler*, in: *MünchKomm* *AktG*, § 93 Rn. 125; ausführlich *Fleischer*, WM 2003, 1045 ff.

11 BGH, Urt. v. 8. Mai 1967 – Az.: II ZR 126/65, WM 1967, 679 = *GmbHR* 1968, 141 = BB 1967, 731; BGH, Urt. v. 10. Februar 1977 – Az.: II ZR 79/75, WM 1977, 361 = *GmbHR* 1977, 129 = BB 1977, 465; BGH, Urt. v. 21. Februar 1983 – Az.: II ZR 183/82, ZIP 1983, 689 = WM 1983, 498 = *GmbHR* 1983, 300; BGH, Urt. v. 23. September 1985 – Az.: II ZR 257/84, NJW 1986, 584, 585 = ZIP 1985, 1482 = WM 1985, 1944; BGH, Urt. v. 12. Juni 1989 – Az.: II ZR 334/87, ZIP 1989, 1390 = WM 1989, 1335 = *GmbHR* 1989, 365; *Wiedemann*, FS *Heinsius*, S. 950; *Spindler*, in: *MünchKomm* *AktG*, § 84 Rn. 110.

12 *Wiedemann*, FS *Heinsius*, S. 957.

13 *Wiedemann*, FS *Heinsius*, S. 950.

14 So auch *Fleischer/Harzmeier*, NZG 2015, 1289, 1290.

Schrifttum sogar noch weniger Beachtung geschenkt als der vorgelagerten Frage nach den Voraussetzungen eines Treueverstoßes.¹⁵ Literatur wie Rechtsprechung lassen hierbei ein einheitliches System, eine stringente Dogmatik und eine konsistente Lösung vermissen.¹⁶

Jeder „Gesellschaftsrechtler“ versteht etwas unter der Treuepflicht, jeder etwas anderes – und so scheint die Treuepflicht als wenig greifbar. Durchzieht die Treuepflicht fast schon omnipräsent sämtliche gesellschaftsrechtlichen Kommentierungen, kommt es – wenngleich auch mit großteiligen Schnittmengen – zu teilweise völlig unterschiedlichen Verständnissen und Terminologien. Nicht nur die Mannigfaltigkeit der Einzelfälle – von unterschiedlichen Rechtsformen über unterschiedliche Strukturen innerhalb einer Rechtsform bis hin zu unterschiedlichen Ausgestaltungen innerhalb einer Gesellschaft –, sondern auch die schiere Fülle an Auffassungen, Meinungen und Interpretationen in Literatur und Rechtsprechung führen dazu, dass insbesondere die (entscheidende) Frage, ob eine Treuepflichtverletzung gegeben ist, für einen Gesellschafter oder die Gesellschaft selbst, kaum beantwortet werden kann. So bleibt es meist bei einer bauchgefühlhaften Einschätzung. Dies mag zwar dem Umstand geschuldet sein, dass der Treuepflichtverstoß stets eine Frage des Einzelfalls mit all seinen Umständen und Besonderheiten ist; an dem großen praktischen Bedürfnis nach einer stringenten und klaren Bestimmung und der damit einhergehenden Rechtssicherheit ändert dieses jedoch nichts. Nicht minder unklar verhält es sich, wird ein Treuepflichtverstoß schließlich bejaht.

Ziel dieser Arbeit soll es daher sein, ausgehend von einer präzisen Formulierung einer Rechtsgrundlage, Inhalt, Umfang und Grenzen der Treuepflicht herauszuarbeiten, um so schlüssig und möglichst praxisnah zu klären, wann bzw. ob eine Verletzung der Treuepflicht vorliegt. Erst dann kann und soll eine Untersuchung der Rechtsfolgen von Treuepflichtverstößen vorgenommen werden.¹⁷ Wünschenswert wäre dabei, eine sachgerechte und für die Praxis handhabbare Lösung zu entwickeln, die dem Rechtsanwender den Umgang mit der Treuepflicht und den Verstößen gegen dieselbe erleichtert. Der Umgang mit Verstößen gegen die Treuepflicht sollte idealerweise keinen Blick in die Glaskugel erfordern, sondern vielmehr klar und in seinen Folgen absehbar sein. Inwiefern sich dies als

15 Wiedemann, FS Heinsius, S. 955; Weller, GS Winter, 755, 757.

16 So auch Weller, GS Winter, 755, 772.

17 Die Arbeit konzentriert sich dabei auf die für die Praxis relevantesten Gesellschaftsformen (GbR, OHG, KG, GmbH und AG).

möglich erweist und bestmöglich umsetzen lässt, wird ebenso Gegenstand dieser Arbeit sein wie die Erarbeitung einer etwaigen Schematisierung.

Diesem Ziel folgend, wird nach einer kurzen Betrachtung der historischen Entwicklung der Treuepflicht die Rechtsgrundlage derselben (Kapitel 2) untersucht. Hierbei ist, was zu zeigen sein wird, zwischen der Entstehungsgrundlage, der rechtsfunktionellen Begründung und der positiv-rechtlichen Grundlage zu unterscheiden.

Hieran anknüpfend gilt es dann, Inhalt, Umfang und Grenzen der Treuepflicht (Kapitel 3) unter Herausarbeitung der Unterscheidung zwischen der allgemeinen und konkreten Treuepflicht zu bestimmen.

Auf dieser Grundlage wird sodann ausführlich untersucht, wann aus diesem abstrakt-generellen Pflichtenbündel eine konkrete Verhaltenspflicht erwächst, deren Nichtbeachtung letztlich einen Treuepflichtverstoß begründet (Kapitel 4). Das so gefundene Ergebnis kann dann für den wichtigen Fall der Stimmrechtsausübung angewendet und anhand zweier BGH-Entscheidungen überprüft werden.

Nachdem eine solche Prüfung entwickelt wurde, werden endlich die Rechtsfolgen bei Verstößen gegen die Treuepflicht herausgearbeitet (Kapitel 5). Hier wird zunächst auf die gesetzlich normierten Ausprägungen der Treuepflicht eingegangen und anschließend anhand eines herauszuarbeitenden Systematisierungsversuchs die Rechtsfolgen *en detail* untersucht und dargestellt.

Zu guter Letzt werden die gefundenen Ergebnisse in Thesen dargestellt (Kapitel 6).

B. Historische Entwicklung der Treuepflicht

Treuepflichten bestehen heute in den verschiedensten Lebensbereichen und Rechtsgebieten. Sowohl im Öffentlichen Recht¹⁸, im Strafrecht¹⁹ wie auch im Zivilrecht finden sich Treuepflichten wieder. Im Zivilrecht wiederum existieren Treuepflichten angefangen im Familien- bzw. Ehrerecht²⁰ über das Arbeitsrecht²¹ bis schließlich hin zum Gesellschaftsrecht.

¹⁸ Vgl. beispielsweise § 21 GemO Rheinland-Pfalz.

¹⁹ Insb. i. R. des Untreuetatbestandes § 266 StGB, vgl. Perron, in: Schönke/Schröder, StGB, § 266 Rn. 23 ff.

²⁰ Vgl. nur Roth, in: MünchKomm BGB, § 1353 Rn. 40.

²¹ Vgl. nur Müller-Glöge, in: MünchKomm BGB, § 611 Rn. 1074 ff.

Die Vorstellung von Verpflichtungen zur gegenseitigen Treue bei einem Zusammenschluss von Menschen, die Konzeption von Treuepflichten also, ist dabei keine Errungenschaft der modernen Rechtswissenschaft. Eine erste rechtliche Erwähnung findet die Treuepflicht im Rahmen des Ehe-rechts schon im 18. Jahrhundert v. Chr., in einer der ältesten bekannten Rechtssammlung, dem Codex Hammurabi.²² Selbst gesellschaftsrechtliche Treuepflichten lassen sich schon früh finden. So kannte das römische Recht im Hinblick auf die Gesellschafter der *societas*, dem Archetypen der Personengesellschaft,²³ Treuepflichten, die sog. *bona fides*.²⁴ Eine Treuepflichtverletzung wurde beispielsweise bei einem Austritt bzw. einer Aufkündigung der Gesellschaft zur Unzeit angenommen.²⁵ Aufgrund der engen persönlichen Beziehung wurde der Treuegedanke sogar mit der Brüderlichkeit (*fraternitas*) verknüpft und dessen Bruch mit empfindlichen Sanktionen, von Schadensersatz bis hin zum Verlust bestimmter bürgerlicher Rechte, geahndet.²⁶

Wenn im Grundsatz auch nicht neuartig, manifestiert sich die gesellschaftsrechtliche Treuepflicht seit Anfang des 20. Jahrhunderts immer konkreter im deutschen Recht.²⁷ Angefangen mit ersten Ansätzen,²⁸ die Feststellung betreffend, dass das Gesellschaftsrecht in besonderem Maße dem Grundsatz von Treu und Glauben unterworfen sei,²⁹ ist die gesellschaftsrechtliche Treuepflicht spätestens mit der expliziten Nennung des Begriffs durch das Reichsgericht im deutschen Gesellschaftsrecht etabliert.³⁰

Dabei wurden anfänglich sämtliche Fallgestaltungen unter dem Kriterium der deliktischen Sittenwidrigkeit – §§ 138, 826 BGB – geprüft. Erst

22 So werden in den §§ 131–133 CH die ehelichen Treuepflichten der Frau bzw. in den §§ 133 f. CH und §§ 148 f. CH die Pflichten des Mannes zur Sorge für den Unterhalt der Frau geregelt; vgl. *Petschow*, Zeitschrift für Assyriologie 1965, 146, 160f.; auch schon in der ältesten Rechtssammlung, dem Codex Urnammu (2100 v. Chr.) finden sich strafrechtliche Vorschriften zur Treuepflicht der Ehefrau, vgl. *Wilcke*, Der Kodex Urnammu (CU), S. 312 ff.

23 *Steding*, Neue Justiz 2007, 193, 193f.

24 *Honsell*, Römisches Recht, S. 147 f.

25 *Hausmaninger/Selb*, Römisches Privatrecht, S. 255.

26 *Gaius*, Institutiones, III 151; *Fleckner*, Antike Kapitalvereinigungen, S. 340 ff.

27 Ausführlich hierzu *Nodoushani*, Die Treuepflicht der Aktionäre und ihrer Stimmrechtsvertreter, S. 21 ff.; *Weber*, Vormitgliedschaftliche Treubindungen, S. 26 ff.; *Hopt/Wiedemann*, in: GroßKomm AktG, Anh. § 53a Rn. 1 ff.

28 RG Warn 1908 Nr. 511.

29 RG, Urt. v. 7. Februar 1930 – Az.: II 247/29, RGZ 128, 1, 16; RG, Urt. v. 11. November 1933 – Az.: I 130/33, RGZ 142, 212, 216.

30 RG, Urt. v. 17. Januar 1940 – Az.: II 126/39, RGZ 162, 388, 394.

nach und nach wurde die Treuepflicht aus dem „Kokon der Sittenwidrigkeit“ herausdifferenziert und entwickelte sich zum eigenständigen Rechtsinstitut.³¹

Obgleich die frühen Urteile zur Treuepflicht, hauptsächlich zu Zeiten der Überstrapazierung des Treuegedankens im Rahmen nationalsozialistischer Ideologie,³² auch Kapitalgesellschaften erfassten,³³ wurde nach Ende des zweiten Weltkriegs der Treuepflichtgedanke restriktiv angewendet³⁴ und zunächst primär für das Recht der Personengesellschaften vertieft.³⁵ Dies folgte einerseits aus der Befreiung des Rechts von den ideologischen Verfälschungen des Nationalsozialismus sowie daraus, dass das Bedürfnis einer Treuepflicht, ähnlich dem römischen Recht, mit der engen persönlichen Verbundenheit der Gesellschafter begründet wurde.³⁶

Diese Entwicklung beruhte nicht zuletzt auf den wegweisenden Schriften von *Alfred Hueck*. In seinen Ausführungen zur Treuepflicht in der OHG im Rahmen eines Festschriftbeitrages³⁷ von 1935 sowie dessen Vor-

31 Weber, Vormitgliedschaftliche Treubindungen, S. 36 f.

32 Vgl. RG, Urt. v. 7. Februar 1930 – Az.: II 247/29, RGZ 128, 1 ff.; vgl. RG, Urt. v. 22. Januar 1935 – Az.: II 198/34, RGZ 146, 385, 395 „Der Aktionär hat sich bei allen seinen Maßnahmen als Glied der Gemeinschaft zu fühlen, der er angehört, und ist gehalten, die Treuepflicht gegenüber dieser Gemeinschaft zur obersten Richtschnur seines Handelns zu machen.“, dabei wurde die Aktiengesellschaft als Treuhänderin der Volksgemeinschaft verstanden.

33 Allerdings wurde zwar eine Treuepflicht gegenüber der Gesellschaft angenommen, nicht jedoch eine solche gegenüber Mitgesellschaftern. Zwar wurde eine solche in der *Victoria*-Entscheidung 1931, RG, Urt. v. 31. März 1931 – Az.: II 222/30 („*Victoria*“), RGZ 132, 149, 163, angedeutet, jedoch wurde dies mit Hinweis auf die kapitalistische, unpersönliche Struktur später wieder verneint, RG, Urt. v. 21. September 1938 – Az.: II 183/37, RGZ 158, 248, 254.

34 Vgl. BGH, Urt. v. 16. Februar 1976 – Az.: II ZR 61/74 („*Audi/NSU*“), WM 1976, 449 = BB 1976, 721 = JZ 1976, 561, wonach eine horizontale Treuepflicht abgelehnt wurde; anerkannt wurde lediglich eine Treuepflicht der Aktionäre gegenüber der Gesellschaft, vgl. BGH, Urt. v. 1. April 1953 – Az.: II ZR 235/52, BGHZ 9, 157, 163 = NJW 1953, 780 = BB 53, 332; BGH, Urt. v. 9. Juni 1954 – Az.: II ZR 70/53, BGHZ 14, 25, 38 = NJW 1954, 1401 = BB 1954, 611 = DB 1954, 595; Schäfer, in: Staub HGB, § 105 Rn. 229; Nodushani, Die Treuepflicht der Aktionäre und ihrer Stimmrechtsvertreter, S. 27.

35 RG, Urt. v. 17. Januar 1940 – Az.: II 126/39, RG, Urt. v. 17. Januar 1940 – Az.: II 126/39, RGZ 162, 388, 394; 171, 51, 54; BGH, Urt. v. 27. Juni 1957 – Az.: II ZR 15/56, BGHZ 25, 47, 53 = NJW 1957, 1358 = WM 1957, 976 = BB 1957, 765; Hüffer, FS Steindorff, S. 72 ff.

36 Winter, Mitgliedschaftliche Treubindungen im GmbH-Recht, S. 10.

37 Hueck, in: FS Hübner, S. 72 ff.

trag vor der Bayerischen Akademie der Wissenschaften³⁸ von 1946 stellte dieser maßgeblich auf das Vertrauensmoment ab und schaffte so das Fundament für das Umdenken in der damaligen Spruchpraxis.³⁹ Aufgrund dieser vertrauensgetragenen Begründung lehnte *Hueck* eine Treuepflicht der Aktionäre noch ab, da zwischen diesen gerade keine unmittelbare Beziehung bestehe.⁴⁰

Dennoch wurde die Treuepflicht schon bald darauf (wieder) sukzessiv auf Kapitalgesellschaften erstreckt. Mit der *ITT*-Entscheidung⁴¹ im Jahr 1975 wurde die Treuepflicht zunächst auf GmbH-Gesellschafter erweitert. Dem folgten die *Linotype*-Entscheidung⁴² 1988, in der eine horizontale Treuepflicht unter Mitaktionären zum Schutz von Minderheitsaktionären grundsätzlich bejaht, sowie schließlich die *Girmes*-Entscheidung⁴³ 1995, in der zuletzt auch eine Treuepflicht auf Minderheits- und Kleinaktionäre erstreckt wurde. Mit den Entscheidungen ging eine Umorientierung von einer rechtsformorientierten zu einer rechtsformübergreifenden, an der Realstruktur der Gesellschaft orientierten Sichtweise einher.⁴⁴ Daneben stand nicht mehr länger nur die enge persönliche Verbundenheit der Gesellschafter für die Treuepflicht im Mittelpunkt, sondern die Pflicht zur

38 *Hueck*, Der Treuegedanke im modernen Privatrecht.

39 *Lieder*, RTDF 2014, 33, 34, 37; *Fleischer*, DG 2017, 362, 363; *Fleischer*, WM 2003, 1045, 1046; *Lutter*, AcP 180 (1980), 84, 103; *Lutter*, ZHR 1998, 164; *Raiser*, ZHR 1987, 422, 423; *Cahn*, FS Wiese, S. 72.

40 „Ebenso erscheint es mir nicht richtig, von einer Treuepflicht des Aktionärs zu sprechen, wie es in den letzten Jahren der Hypertrophie des Treuebegriffs vielfach, unter anderem auch in drei Reichsgerichtsentscheidungen, geschehen ist. Es wäre reine Illusion, eine Treuebindung der Aktionäre untereinander anzunehmen, da zwischen ihnen keine unmittelbaren Beziehungen zu bestehen brauchen, weder tatsächlicher noch rechtlicher Natur, ja sie sich oft gegenseitig gar nicht kennen. Aber auch eine Treuepflicht des Aktionärs gegenüber der Aktiengesellschaft ist zu verneinen.“ *Hueck*, Der Treuegedanke im modernen Privatrecht, S. 14; *Lieder*, RTDF 2014, 33, 34, 38.

41 BGH, Urt. v. 5. Juni 1975 – Az.: II ZR 12/74 („*ITT*“), BGHZ 65, 15 = NJW 1976, 191 = WM 1975, 1152 = BB 1975, 1450.

42 BGH, Urt. v. 1. Februar 1988 – Az.: II ZR 75/87 („*Linotype*“), BGHZ 103, 184 = NJW 1988, 1579 = ZIP 1988, 301 = WM 1988, 325.

43 BGH, Urt. v. 20. März 1995 – Az.: II ZR 205/94 („*Girmes*“), BGHZ 129, 136 = NJW 1995, 1739 = ZIP 1995, 819 = WM 1995, 882.

44 BGH, Urt. v. 9. Juni 1954 – Az.: II ZR 70/53, BGHZ 14, 25, 38; BGH, Urt. v. 5. Juni 1975 – Az.: II ZR 12/74 („*ITT*“), BGHZ 65, 15, 18 f. = NJW 1976, 191 = WM 1975, 1152 = BB 1975, 1450; BGH, Urt. v. 1. Februar 1988 – Az.: II ZR 75/87 („*Linotype*“), BGHZ 103, 184, 194 = NJW 1988, 1579 = ZIP 1988, 301 = WM 1988, 325; *Weber*, Vormitgliedschaftliche Treubindungen, S. 44.

Rücksichtnahme gegenüber den Mitgesellschaftern als Gegengewicht zur Möglichkeit der Einflussnahme.⁴⁵

Diesen Gedanken der Einwirkungskontrolle hatte Wolfgang Zöllner in seiner von Hueck betreuten Habilitationsschrift⁴⁶ bereits 1963 vorgedacht.⁴⁷ Die fiduziарischen Pflichten werden von Zöllner als ein Korrelat der weitreichenden Befugnisse und Einwirkungsmöglichkeiten eines Geschäftsleiters verstanden.⁴⁸ Damit legte Zöllner im Wesentlichen den Boden für die horizontale Treuepflicht und einen neuen Begründungsansatz der Treuepflicht als Ganzes.⁴⁹

Nunmehr gehört die gesellschaftsrechtliche Treuepflicht zum gesicherten Bestand des deutschen Gesellschaftsrechts⁵⁰ und zählt zu den größten Errungenschaften der Rechtswissenschaften und Rechtsprechung des modernen Gesellschaftsrechts.⁵¹

45 BGH, Urt. v. 1. Februar 1988 – Az.: II ZR 75/87 („Linotype“), BGHZ 103, 184, 194, 195 = NJW 1988, 1579 = ZIP 1988, 301 = WM 1988, 325; Winter, Mitgliedschaftliche Treubindungen im GmbH-Recht, S. 16 ff.; Nodoushani, Die Treuepflicht der Aktionäre und ihrer Stimmrechtsvertreter, S. 32 f.

46 Zöllner, Schranken mitgliedschaftlicher Stimmrechtsmacht.

47 Lieder, RTDF 2014, 33, 34; Fleischer, DG 2017, 362, 363.

48 Fleischer, WM 2003, 1045, 1046.

49 Vgl. Fleischer, FS K. Schmidt, S. 394; Fleischer, WM 2003, 1045, 1046.

50 Winter, Mitgliedschaftliche Treubindungen im GmbH-Recht, S. 1.

51 Fleischer, FS K. Schmidt, S. 393; Seidel, Funktion der gesellschaftsrechtlichen Treuepflicht, S. 17.